

**„Man kann nur soviel ausgeben, wie man hat“**

Sehr verehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrter Herr Direktor,  
sehr geehrte Landesräte,  
meine Damen und Herren;

es ist ein wohlbekanntes Sprichwort: „Man kann nur soviel ausgeben, wie man hat“.

Auch, wenn es der öffentlichen Hand leichter und in größerem Umfang als einem Privatunternehmen oder so manchem Bürger möglich ist, auf Geld zurückzugreifen, welches in der Kasse gar nicht vorhanden ist, so stellt dies doch nicht den Goldstandard des Haushaltens dar.

Auch der vorgelegte Haushalt krankt an Nichtbeachtung dieses Sprichwortes.

In der Landschaftsversammlung am 07.10. des letzten Jahres hat uns unser Kämmerer, Herr Dr. Lunemann, ausführlich und verständlich vieles aus dem kommenden Haushalt erläutert.

Dafür gebührt ihm zunächst einmal ein herzlicher Dank!

Einiges, was gesagt wurde, kann jedoch nicht ohne Replik bleiben.

Es wurde unterstrichen, dass die rund 2,3 Mrd. EUR Landschaftsumlage umgerechnet auf die 8,2 Mio. Einwohner in Westfalen-Lippe eine Belastung pro Kopf von nur rund 280,- EUR per anno ergeben würden. Die Zahl ist richtig, aber die Aussage ist schöngerechnet, Herr Dr. Lunemann.

Es erwirtschaften nicht 8,2 Mio. Einwohner die Abgaben für die Landschaftsumlage; wenn man die landesweiten Zahlen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung anteilig auf das LWL-Gebiet herunterbricht, kommen wir auf etwa 3,2 Mio Erwerbstätige.

Diese müssen die Landschaftsumlage erwirtschaften, die nun schon mit etwa 718,- EUR p.a. zu Buche schlägt.

Für viele Menschen ist das sehr viel Geld .

Ausführungen zur Notwendigkeit der Leistungen des LWL sind gut und richtig, aber man darf sich nicht mit falschen Zahlen in die eigene Tasche lügen. Das bringt uns nicht weiter Richtung sparsamem Haushalten.

Nicht unbedingt notwendige Ausgaben müssen verschoben oder auf den Prüfstand gestellt werden. Gerade die ideologisch fundierten politischen Projekte der anderen Parteien müssen warten, wenn kein Geld dafür da ist. Sie sagen es bereits, Herr Dr. Lunemann, wir nähern uns der 100,- Mio. EUR-Marke der Rücklage.

Ohne Umdenken in den Köpfen der Parteien -aber auch der Verwaltung- wird diese Marke bald geknackt sein. Was dann? Schreien nach Landesmitteln als Ausweg? Oder wird eben noch tiefer in die Kassen der Mitglieder gegriffen, die wiederum die Bürger noch stärker zu selbiger bitten werden?

Dieses System, meine Damen und Herren, wird Ihnen irgendwann auf die Füße fallen.

Wo wir gerade bei auf die Füße fallen sind, darf die Personalpolitik des LWL nicht außen vor bleiben.

Von den ca. 12.000 Beschäftigten des LWL, die unter eine einrichtungsbezogene Impfpflicht fallen werden, sind etwa 11% bestätigt nicht geimpft, bei weiteren 7% wisse man es nicht. Bei einer allgemeinen Impfpflicht gehen wir davon aus, dass sich dieser Prozentsatz auch ungefähr auf die restlichen 6.000 Beschäftigten übertragen lässt.

Für die Pflege und die LWL Einrichtungen bedeutet dies nicht nur, dass Patienten bedroht sind - dann nämlich, wenn Ungeimpfte aus der Arbeit gedrängt werden oder keine neuen Mitarbeiter eingestellt werden, eben nur, weil sie ungeimpft sind. Wenn sich demnächst hunderte oder vielleicht tausende Mitarbeiter dazu entschließen sollten, dem LWL den Rücken zu kehren, und dies ist kein fernliegendes Horrorszenario, dann wird sich nicht nur die bestehende Pflegekrise drastisch verschärfen. Nein, auch der Haushalt wird durch teure Maßnahmen des Gegensteuerns nicht ungeschoren davonkommen. Stellen Sie sich der Verantwortung für das Personal und die Patienten, und beziehen Sie ganz klar Stellung gegen eine Impfpflicht für Einrichtungen!

Auch im Bereich Personalentwicklung wird lieber geklotzt als gekleckert.

Nach jahrelangem beständigem Steigen wird auch im kommenden Jahr der Personalansatz um fast 200 Stellen erhöht.

Ich zitiere aus der oben genannten Rede des Kämmerers: „Zudem schaffen wir in geringem Umfang neue Stellen, um die Themen Klimaschutz sowie nachhaltige Mobilität weiter voranzutreiben. Insgesamt fällt ein Mehrbedarf von rd. 30 neuen Planstellen in diesen Bereich.“

Was verstehen Sie unter geringem Umfang, wenn hier erneut mit den Millionen der Steuerzahler jongliert wird? Wie viel könnte vom Haushaltsdefizit für diese 30 Stellen eingespart werden?

1,4 Mio. EUR jährlich?

Wir sehen hier und bei vielen der restlichen rund 160 neuen Stellen erhebliches Potential zum „einfach mal Verkneifen“ in Jahren solch klammer Kassen.

Gleiches gilt natürlich erst recht für den „LWL-Mitmenschentag“: Geplant vor etwa 10 Jahren, bislang noch nicht realisiert, Ende noch offen – dafür aber bereits Mittel im sechsstelligen Bereich verbrannt, --- für einen Phantom-Tag, der vielleicht nie kommen wird.

Frei nach dem Motto „Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht“ sage ich Ihnen: so gut der Zweck auch sein mag, solche Veranstaltungen sind bei leerer Kasse verfehlt.

Meine Damen und Herren, viel Geld wird für Klimaneutralität bis 2030 ausgegeben und ausgegeben werden.

Wo aber werden wir mit dem LWL 2030 stehen, nachdem Milliarden für CO<sub>2</sub>-Neutralität versenkt wurden? Nur einmal angenommen, der LWL schafft das gesetzte Ziel: Allein in 2020 hat China dreimal soviel Leistung aus Kohleverstromung neu installiert wie der Rest der Welt zusammen. Der jährliche Zuwachs an Kohlekraftwerken dort betrug in den letzten Jahren durchschnittlich ca. 30 Kraftwerke. In Deutschland hingegen, immerhin mit gerade einmal etwa 2% am CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Welt beteiligt, geht der finanzielle Aderlass für objektiv sinnlose Projekte munter weiter – und das auch im LWL. Bereits jetzt stößt die Volksrepublik mehr als das Doppelte des nächsten Spitzenreiters unter den Emittenten aus, und genau soviel, wie alle anderen Staaten der Erde ab Platz 6 zusammen. Meine Damen und Herren, ob eine drastische Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen -während im Übrigen gleichzeitig andere Treibhausgase völlig ausgeblendet werden- die Klimaentwicklung ändert oder nicht, ist nicht die Frage.

Viel wichtiger ist die Frage: kann irgendetwas am Klima geändert werden, indem hier in unserem Land Milliarden Euro für eine ideologisierte Klimapolitik vernichtet werden, während fast alle anderen Länder der Erde sich nicht effektiv beteiligen?

Selbst für die politisch Verbohrtesten dürfte die Antwort „Nein“ klar sein.

Übrigens -als kleinen Blick über den Tellerand- sorgt sich grüne Politik viel weniger um effektiven Umweltschutz hier vor Ort und im Kleinen.

Nach dem Motto „Kleinvieh macht auch Mist“ könnte mit Willen und Elan einiges an umweltbelastendem unnötigem Verbrauch eingespart werden, ich nenne nur einmal beispielhaft deutliche Verbesserungsmöglichkeiten beim Flaschenpfandsystem, bei der Abfallwirtschaft und auch bei der Verpackungsverordnung.

Aber zurück zum LWL.

Positiv sehen wir sowohl ein vernünftiges Mobilitätskonzept als auch die Digitalisierung, wenn beides ohne die ideologische Parteipeitsche umgesetzt wird.

So begrüßen wir zum einen die Verlagerung von Pendelverkehr der LWL-Mitarbeiter auf den öffentlichen Personennahverkehr als guten Weg, um Kosten, Treibstoff; um allgemein Ressourcen einzusparen.

Das kann aber nur mit einem funktionierenden Nahverkehrskonzept klappen. Dass es daran hapert, dürfte jedem hier klar sein. Lange Fahrzeiten, wenig Verbindungen ins flache Land, ein Stakkato an Ausfällen und Verspätungen gerade bei der Bahn und insgesamt unausgewogene und überbeuerte Tarifsysteme machen die Nutzung des ÖPNV nicht wirklich attraktiv.

Die Möglichkeiten des LWL zum Einwirken sind hier eher begrenzt; hier setzt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, bevor die Sparte ÖPNV im Mobilitätskonzept überhaupt gut funktionieren kann. Was aber für den LWL machbar ist, sollte umgesetzt werden.

Andere alternative Formen des Pendlerverkehrs werden richtigerweise in den Fokus genommen, aber man sollte auch einmal über die Ortsbindung der Mitarbeiter nachdenken.

Früher waren Dienstwohnungen Gang und Gäbe. Vielleicht lassen sich Lösungen entwickeln, die für mehr LWL-Beschäftigte das tägliche Pendeln zum Arbeitsplatz überflüssig machen?

Eine weitere Möglichkeit hat die Verwaltung mit der Heimarbeit richtigerweise bereits in großem Umfang umgesetzt, dies sollte dauerhaft und wo immer möglich beibehalten werden, ggf. in rotierenden Präsenz- und Heimarbeitszeitmodellen.

Darüber hinaus sehen wir die Maßnahmen zur digitalen Entwicklung im LWL als richtigen Schritt in die Zukunft einer modernen Verwaltung. Aber: die Digitalisierung muss Sinn machen; sie darf keinen Selbstzweck darstellen.

Finanzielle Einsparungen oder ein Minus an Personal konnten uns aber bislang nicht vermittelt werden.

Es muss daher in den kommenden Jahren bei allen Digitalisierungsprozessen genau auf den Mehrwert für den „Kunden“, also für Patienten und Bürger, geachtet werden.

Hier und bei anderen Projekten stehen die Abgeordneten dieses Hauses -ebenso wie die Parteikollegen in Landtagen und im Bundestag- sicherlich gewissen Zwängen gegenüber. Sie formulieren es so, Herr Dr. Lunemann, und ich zitiere erneut: „[...]stehen Sie doch [gemeint sind die Mitglieder dieses Hauses] unter dem Druck, die Interessen und Verpflichtungen des LWL auf der einen Seite und die Erwartungen in Ihren Kreise und kreisfreien Städten auf der anderen Seite miteinander in Einklang zu bringen.“

In Wahrheit aber kommen dazu jedoch wohl allzu oft eher Parteiinteressen hinzu.

Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren, an diejenigen zu denken, die die Zeche am Ende zu bezahlen; das Steuergeld zu erwirtschaften haben. Lehnen Sie endlich Vorhaben ab, die nur der politischen Zeichensetzung dienen. Vielen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort!